

ISSN 1560-6335 ISBN 978-3-901989-16-2 € 15,-

# polylog

# 18<sub>2007</sub>

ZEITSCHRIFT FÜR INTERKULTURELLES PHILOSOPHIERN



## WELTZIVILGESELLSCHAFT

MIT BEITRÄGEN VON

MARLIES GLASIUS, DARIO AZZELLINI, ALI PAYA, OLIVER MARCHART, RADHA D'SOUZA  
ASHRAF SHEIKHALASLAMZADEH, DETLEV QUINTERN

SONDERDRUCK

5

MARLIES GLASIUS

*Weltzivilgesellschaft und die Aussichten für  
eine globale Öffentlichkeit*

21

DARIO AZZELLINI

*Konstituierende Macht statt Zivilgesellschaft*

27

ALI PAYA

*Die Gestalt der kommenden globalen  
Zivilgesellschaft  
Vorschläge für eine mögliche islamische  
Perspektive*

45

OLIVER MARCHART

*Die List des Konflikts  
Protest in der Weltzivilgesellschaft*

55

RADHA D'SOUZA

*Ein Blick in die Kristallkugel:  
»Zivilgesellschaft« und »Humanität« im  
21. Jahrhundert*

94

REZENSIONEN & TIPPS

128

IMPRESSUM

129

POLYLOG BESTELLEN

63

ASHRAF SHEIKHALASLAMZADEH

*Philosophie der Liebe bei Jalal ad-Din Rumi*

77

DETLEV QUINTERN

*Über den Humanismus bei Ihwan as-Safa*

MARLIES GLASIUS

# Weltzivilgesellschaft und die Aussichten für eine globale Öffentlichkeit

*Übersetzung aus dem Englischen von Martin Ross*

Die weltweite Entrüstung über die Tötung eines früheren Diktators durch eine demokratische Regierung ist nur ein Symptom für eine Wahrheit, die schnell zu einem Klischee wurde: die parlamentarische Demokratie erlebt beinahe überall eine Legitimationskrise. In westlichen Staaten manifestiert sich das primär in stetig abnehmender Wahlbeteiligung und einem Anstieg der Protestwählerzahl; die Entfernung von Präsidenten aus ihrem Amt nach öffentlichen Protesten in vielen Ländern Asiens und Lateinamerikas wurde bereits zu einem Gemeinplatz. Gleichzeitig – und das ist paradox – wurden mehr Staaten als je zuvor zur Einführung der parlamentarischen Demokratie verführt, und die theoretischen Verteidigungen nichtdemokratischer Systeme sind in Verruf geraten.

Der Ausgangspunkt dieses Artikels ist eine Interpretation von Demokratie, die statt Repräsentation die Kommunikation hervorhebt,

welche in der Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle spielt. Desillusioniert von den manipulierten Massenmedien westlicher Demokratien, fand der Habermas der 60er Jahre im 18. Jahrhundert ein Modell rationaler Kommunikation und rational-kritischer Debatte, das er »Öffentlichkeit« nannte. »Private kommen als Öffentlichkeit zusammen« und fordern den Staat heraus, sich mit ihnen in begründete Dispute einzulassen (Habermas 1989, [1962: 27]). Wie Habermas hervorhob, befand sich die öffentliche Sphäre in einem permanenten Transformationsprozess, und als er das schrieb, prägte Marshall McLuhan (1962) den Begriff des »Globalen Dorfs«, um die Auswirkungen der neuen Medien zu illustrieren. Seit damals gaben uns die technischen Fortschritte globale Massenmedien und erlaubten private weltweite Kommunikation. Noch gibt es keinen globalen Gegenspieler zu den nationalen

Marlies GLASIUS ist Research Fellow am Centre for the Study of Global Governance und Lektorin für NGO-Management am Centre for Civil Society, der London School of Economics. Von 2003 bis 2004 war sie Koordinatorin einer von der EU-Kommission eingesetzten Studiengruppe zur Sicherheit Europas. Seit 2000 ist sie Herausgeberin des Global Civil Society Yearbook.

demokratischen Institutionen. Ohne diesen Gegenspieler erscheint der demokratische Anstrich globaler Kommunikation sehr fragwürdig zu sein.

Auf die Bedrängnis, die die Hinrichtung Saddam Husseins begleitete, reagierte die globale Zivilgesellschaft mit beinahe einhelliger Entrüstung. Es war wohl ein riesiges globales Publikum von angewiderten Beobachtern, die ihre Abscheu gegen Gewalt mitteilten. Aber die Interpretation über das Anstößige dieser Exekution divergierte weit. Britische Zeitungsleser beschwerten sich über die »pornografische Makabrität« der Fotos und Filme der Hinrichtung (Mayes 2007: 29). Als Antwort auf die Hinrichtung Saddams riefen im südindischen Kerala die wichtigste moslemische Partei und die örtlich mächtigen Kommunisten einen Streik aus, noch bevor die Nachrichten über ihre grauenhafte Verwirklichung die Runde machten (Sebastian 2006). Was hier beansprucht wurde, war nicht die Todesstrafe *als solche*, sondern einerseits die ungerechte Behandlung der Moslems, andererseits die Schikanierung von armen und nicht-westlichen Menschen überhaupt, je nach ideologischer Ausrichtung. In Lateinamerika und Indien, in zweifellos freien und lebendigen Medienszenen, wurde Saddam Hussein in Che Guevara verwandelt.

Und sollten die Reaktionen auf den Irakkrieg wirklich als Ausdruck der sanften Gewalt einer freien und gleichen Kommunikation über die neuen Medien interpretiert werden? Die Regierung Bush hat einen unreflektierten Antiamerikanismus provoziert, der nicht die

einzigste Domäne der Zivilgesellschaft ist, aber von so unterschiedlichen politischen Führern wie Hugo Chavez, Mahmud Ahmadinejad und Jacques Chirac für sich beansprucht und instrumentalisiert wird. Saddam Hussein, einer der ärgsten Diktatoren des 20. Jahrhunderts, wurde so zu einem Märtyrer.

Die Saddam-Bilder nährten eine Debatte, die sofort global wurde. Aber sie hat keinen globalen institutionellen Ort. Ist das die neue globale Öffentlichkeit, wo eine globale öffentliche Meinung Gestalt annimmt? Etablieren die neuen Kommunikationsmöglichkeiten Demokratie jenseits des Nationalstaates, oder resultiert die große Reichweite der Medienkanäle in einer die Öffentlichkeit unterminierenden Fragmentierung?

Dieser Beitrag möchte den Nutzen der abwägenden Demokratie und der Öffentlichkeitstheorien im Kontext der Globalisierung überprüfen. Wenn man Kritiken der Öffentlichkeit auf einen globalen Level überträgt, scheint man damit die Chancen einer solchen Form der weltweit operierenden Demokratie zu zerstören. Ich möchte mich aus dieser Sackgasse befreien, indem ich zeige, dass die abwägende Öffentlichkeit nicht länger einfach ein Konstrukt politischer Theorie ist. Eine Generation von Aktivisten hat sich davon inspirieren lassen, sie versuchen Cyber-Sphären und Bilder sozialer Foren zu entwerfen. Schließlich möchte ich auf der Basis der aktuellen Debatte über den Klimawechsel zeigen, in welchem Ausmaß eine teilweise und unvollkommene Version einer idealtypischen globalen Öffentlichkeit bereits auftaucht.

Der Ausgangspunkt dieses Artikels ist eine Interpretation von Demokratie, die statt Repräsentation die Kommunikation hervorhebt, welche in der Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle spielt.



---

## DEMOKRATIE IN EINEM GLOBALEN ZEITALTER

---

Im 21. Jahrhundert wurde die Demokratie das zugleich am meisten verehrte und am meisten geschmähte politische System. Seit den 1970er Jahren ist es in den meisten etablierten Demokratien zu einem ernsten Rückgang der Zahl der Parteimitglieder, der Teilnahme an Parteitagungen und der Wahlbeteiligung gekommen. Wie die Wählerschaft im Allgemeinen wurden die Demokratietheoretiker immer stärker desillusioniert von der repräsentativen Demokratie, sie nennen sie »dünne« oder »prozedurale« Demokratie (Pateman 1970; Bessette, 1980; Cohen and Rogers 1983; Barber 1984). Zur selben Zeit, in den 1980er und 1990er Jahren, wurden immer mehr Staaten nominell Demokratien, und es ist ein Tabu geworden, irgendein anderes politisches System anzunehmen.

Dieses Paradoxon ist auf mehr als nur eine Weise mit der Globalisierung verbunden. Es wird oft festgestellt, dass, während mehr Staaten in parlamentarische Demokratien umgewandelt wurden, der Beginn der Globalisierung das Wesen demokratischer Partizipation und Wahl untergräbt (Held 1995; McGrew 1997; Scholte 2000). Held verwendet den Ausdruck »überlappende Schicksalsgemeinschaften« (1995: 136), um die Tatsache auszudrücken, dass jene von gewissen Entscheidungen Betroffenen nicht mehr einfach in einer einzelnen politischen Entität gefunden werden können, die von einem demokratischen Prozess kontrolliert wird.

Aber die »Konversion« zur Demokratie selbst kann als eine Form der Globalisierung gelesen werden. Idealistischerweise, aber mit einer Menge von empirischen Beispielen, kann man einerseits argumentieren, dass in vielen Teilen der Welt die Demokratisierung das Resultat erfolgreicher Versuche von sozialen Bewegungen war – in Europa, Lateinamerika, Südafrika –, transnationale Verbindungen zu errichten und transnationale Normen aufzurufen, um den autoritären Staat zu besiegen (Keck und Sikkink 1998; Kaldor 2003; Glasius 2003). Andererseits, in einer etwas zynischeren Lesart, hat die zeitgenössische Demokratie absolut nichts mit »Herrschaft des Volkes« zu tun. Das Festhalten an gewissen demokratischen Prozeduren ist zu einem Merkmal für Anständigkeit geworden – noch spezieller für Marktfähigkeit, für staatliche Partizipation an der globalen neoliberalen Ordnung.

Carothers und andere haben eindrucksvoll beschrieben, wie so eine Integration über die vergangenen 15 Jahre hinweg durchgeführt worden ist (Carothers 2000; Carothers und Ottaway [Hg.] 2000). Das Hauptziel war, Mehrparteienwahlen abzuhalten. Zusätzliche Gebiete der Demokratieförderung betrafen die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, Erhöhung von Transparenz und Verantwortlichkeit und – immer stärker – die Stärkung der Zivilgesellschaft. Diese erlangte vermehrte Aufmerksamkeit und Gelder, weil sie als Schlüssel gesehen wurde, um »demokratische Formen in demokratische Substanz zu verwandeln« (2000). Auf der Grundlage einer

Etablieren die neuen Kommunikationsmöglichkeiten Demokratie jenseits des Nationalstaates, oder resultiert die große Reichweite der Medienkanäle in einer die Öffentlichkeit unterminierenden Fragmentierung?

Im 21. Jahrhundert wurde die Demokratie das zugleich am meisten verehrte und am meisten geschmähte politische System.

bestimmten Lesart von Tocqueville (sein Bemühen um soziale Gleichheit beiseite lassend) schufen einflussreiche Gelehrte wie Putnam, Fukuyama und Larry Diamond (Putnam 1993; 2000; Fukuyama 2004; Diamond 1999) eine direkte Verbindung zwischen der Existenz zahlreicher Assoziationen und der Dynamik der Demokratie. Auf politischer Ebene wurden dann solche Theorien in eine simple Formel umgewandelt, und wenn der »richtige« Assoziationstyp in Übergangstaaten nicht gefunden werden konnten, sollten NGOs über Spenden mittels Training und Projektförderung »genetisch organisiert« werden. (Ishkhanian 2007, im Erscheinen). Diese Arten der Hilfe verursachten einen Gegenschlag gegen das Zwillingenprojekt »Zivilgesellschaft errichten« und »Demokratisierung« und werden oft und zu Recht als eine Art Neoimperialismus wahrgenommen.

Folgt man jedoch Miguel Darcy d'Oliveira, ehemals Mitarbeiter von Paolo Freire und Spezialberater von Präsident Cardoso, hat das Erbe der demokratischen Kämpfe seit 1970 zugleich die Gesellschaft selbst zutiefst demokratisiert: »gewöhnliche Leute tendieren heute dazu, »intelligenter«, »rebellischer« und »kreativer« als in der Vergangenheit zu sein, insofern sie permanent aufgerufen sind, Werturteile abzugeben und Lebensentscheidungen zu treffen, wo es früher nur die Konformität mit dem vorbestimmten Schicksal gab. Das verbesserte die Fähigkeit der Individuen einzusehen, dass Beraten und Entscheiden eine Konsequenz des Verfalls der unterschiedlichen Autoritätsformen ist, die auf Religion

und Tradition basieren.«<sup>1</sup> (Darcy d'Oliveira, 2007 im Erscheinen) Diese schwankenden Entwicklungen finden natürlich nicht allein in Lateinamerika statt, und auf ihnen kann auch ein ganz anderes Konzept von Zivilgesellschaft, samt deren Verbindung zur Demokratie, errichtet werden.

Tatsächlich haben sich politische Theoretiker in solche Richtungen gewandt, als es darum ging, eine befriedigendere normative Untermauerung für die Demokratie zu finden als die Mehrheitsregel in periodischen Wahlen auszudrücken vermag, indem sie Modelle radikaler, partizipatorischer oder deliberativer (abwägender) Demokratie entwickelten (Pateman 1970; Bessette 1980; Cohen u. Rogers 1983; Barber 1984; Gutmann u. Thompson 1996; Blaug 1999). Die berühmteste und weithin inspirierendste dieser Entwürfe ist vielleicht Habermas' Konzept der Öffentlichkeit als Kommunikations- und Abwägungsraum, wo die Bürger soziale Probleme identifizieren und diskutieren, indem sie eine »öffentliche Meinung« formen, die umgekehrt die Entscheidungsfindung politischer Akteure beeinflusst (Habermas 1989; 1992; 1996). In solchen Konzeptionen ist die Effektivität kommunikativer Handlungen und

1 (Das Zitat im Original [Anm. d. Übers.]: »ordinary people tend, today, to be more »intelligent«, »rebellious« and »creative« than in the past insofar as they are constantly called upon to make value judgments and life choices where previously there was only conformity to a pre-established destiny. This enhanced the capacity for individuals to think, deliberate and decide is a consequence of the decline in diverse forms of authority based on religion and tradition.«)



nicht die Dichte der Assoziationen das Richtmaß der Demokratie.

---

## ÖFFENTLICHKEITEN JENSEITS DES STAATES

---

Habermas, der seine im Werk »Faktizität und Geltung« (1992) kulminierende Theorie über drei Jahrzehnte lang entwickelt hat, baute viele Wenn und Aber ein, und war beispielsweise pessimistisch, was die Rolle der Massenmedien bezüglich des Ideals der Öffentlichkeit angeht. Seit damals haben die Entwicklung und der Gebrauch neuer Informations- und Kommunikationstechnologien den Enthusiasmus für einen Begriff von Öffentlichkeit angefacht, der weit über Habermas' eigene vorsichtige Billigung hinausgeht. Eine Google-Suche – selbst ein Produkt dieser neuen Technologien – nach soziologischen Beiträgen, die den Begriff »globale Öffentlichkeit«<sup>2</sup> enthalten, hat über vierhundert Ergebnisse gebracht, nur wenige davon mit einem Fragezeichen versehen. Viele dieser Autoren nehmen an, dass die globale Öffentlichkeit zwar kein normatives Ideal ist, dass sie dafür aber eine gerade entstehende Realität ist (Lara 2003; Mater 2001) oder schon existiert (Picciotto 2001; Graham, 2002; Stichweh 2003; Volkmer 2003). Colin Sparks ist eine Ausnahme, aber sogar er vollzieht einen bemerkenswerten Gesinnungswandel zwischen 1998 und 2001: Zunächst schreibt er, nachdem er traditionelle Medien untersucht hat, dass es weit entfernt von der

2 (Die Autorin hat nach »global public sphere« gesucht; Anm. d. Übers.)

Existenz einer globalen Öffentlichkeit eine »imperialistische private Sphäre« gäbe, und drei Jahre später, als er auf der Basis des Internets einen »Kern von Wahrheit in den Prophezeiungen der computerorientierten Kommunikationsenthusiasten« zugesteht: »Sie haben recht, wenn sie sagen, dass diese Technologie die kommende Basis für so eine Debatte abgibt« (Sparks 1998: 122 und 2001: 92).

Abseits der von Habermas und anderen eingebrachten Warnungen, das idealtypische Konzept der Öffentlichkeit auf die Realität anzuwenden, neigen die neuen Enthusiasten auch dazu, die Tatsache zu übersehen, dass für Habermas – und sogar in dem einflussreichen Werk über die Zivilgesellschaft von Cohen und Arato (1992) – der einzig vorstellbare relevante Kontext der *Staat* war. Ihre Öffentlichkeiten enden genau an der Grenze; Zivilgesellschaft ist national, und die Bildung der öffentlichen Meinung bezieht sich lediglich auf die Entscheidungsfindung von Regierung und Parlament.

Die Grenzen solcher Konzeptualisierungen manifestieren sich in zwei Richtungen. Erstens – wie Ricardo Blaug hervorgehoben hat – untergräbt die sehr abstrakte Beschäftigung mit der nationalen Ebene die Glaubwürdigkeit solcher Theorien. Den aktuellen klein dimensionierten Gruppenpraktiken, auf die sich die Theorien stützen, wird nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. »[S]olch ein Mangel stört vor allem in deliberativer Demokratietheorie ... gerade deshalb, weil solche Foren angerufen werden, um jenen fairen diskursiven Input bereitzu-

Das Festhalten an gewissen demokratischen Prozeduren ist zu einem Merkmal für Anständigkeit geworden – noch spezieller für Marktfähigkeit, für staatliche Partizipation an der globalen neoliberalen Ordnung.

stellen, den der Staat braucht, um legitim zu sein« (Blaug 1999: 131). In ihrer Originalversion, zweitens, helfen diese »Inselstaat«-Theorien nicht, die Demokratie unter den Bedingungen der Globalisierung zu retten. Aber es scheint, als ob diese Konzepte über die Vorstellungskraft ihrer Schöpfer hinaus ernst genommen werden könnten. Die momentane Popularität der Idee von der Öffentlichkeit und der Zivilgesellschaft, die primär in ihrer kommunikativ-politischen Funktion verstanden wird, scheint direkt mit Prozessen politischer Globalisierung verbunden zu sein. Es sind politische Konzepte, die nicht im Staat, sondern in der Gesellschaft wurzeln, und diese Tatsache macht es möglich und auch wünschenswert, sie ohne den notwendigen Staatskontext zu begreifen zu beginnen (Wagner 2006: 231–232). Nancy Frasers Beitrag, dem Habermas nun zustimmt, nämlich dass die partizipative Demokratie vielleicht nicht bloß eine einzige Öffentlichkeit benötigt, dafür aber viele miteinander im Wettstreit stehende, hilft dieser Konzeptualisierung weiter (Fraser 1992).

Es genügt jedoch nicht, einfach die Begriffe »Zivilgesellschaft« und »Öffentlichkeit« als in der staatsfundierte Tradition gefunden herzunehmen und das Wort »global« voranzustellen. Es wird noch mehr theoretische und empirische Forschung nötig sein, bevor wir beginnen können zu verstehen, wie oder sogar ob die Zivilgesellschaft unter dem derzeitigen viel mehr verwirrten politischen System in ihrem kommunikativen, legitimierenden Aspekt funktionieren würde.

Die Tatsache, dass man derzeit anfängt, das Verhältnis zwischen Demokratie, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit auf globaler Ebene zu theoretisieren, drückt sich in dem losen und vielfältigen Verhältnis aus, das zwischen den Hauptkonzepten der sich vermehrenden Literatur herrscht. Bei Habermas sind die Verbände der Zivilgesellschaft Mediatoren zwischen Privatmenschen und der Öffentlichkeit – Diskurse absondernd, übertragend, institutionalisierend und diese in die Öffentlichkeit einführend (Habermas 1996: 367). Bei Keane andererseits sind globale öffentliche Sphären »erzählte, imaginierte nicht-gewaltsame Orte innerhalb der Weltzivilgesellschaft« (Keane 2003: 169). Kaldor hat verschiedene Versionen der Weltzivilgesellschaft, aber ihre normative Präferenz – die »Aktivisten-Version« – ist nahezu synonym mit der globalen Öffentlichkeit, »ein globaler Ort, an dem nicht-instrumentelle Kommunikation stattfinden kann« (Kaldor 2003: 8). Lara beobachtet das »Entstehen einer globalen Öffentlichkeit durch die Kultur und die Produkte, die von einer Weltzivilgesellschaft geschaffen werden« (Lara 2003: 182). Nanz und Steffek sehen eine direktere politische Verbindung: die Weltzivilgesellschaft »hat großes Potenzial, zwischen deliberativen Prozessen in internationalen Organisationen und entstehenden transnationalen öffentlichen Sphären als »Transmissionsriemen« zu agieren« (Nanz/Steffek 2004: 323). Allgemein hat man den Eindruck, dass die meisten Autoren sich weniger mit dem exakten Verhältnis zwischen Weltzivilgesellschaft und globaler Öffentlichkeit beschäftigen als mit der Verwandtschaft

Viele Autoren nehmen an, dass die globale Öffentlichkeit zwar kein normatives Ideal ist, dass sie dafür aber eine gerade entstehende Realität ist oder schon existiert.



zwischen diesen beiden Begriffen. Nach einem weiteren Jahrzehnt wissenschaftlicher Forschung wird dieser konzeptuelle Wirrwarr möglicherweise in schärfer definierten Positionen kristallisieren. Die einzige abweichende Stimme ist die von Jodi Dean, die sich eine transnationale Zivilgesellschaft vorstellen kann, die »Öffentlichkeit« aber als staatsbezogen und unabdingbar auf Rationalität bestehend zurückweist (Dean 2001).

Was die meisten zeitgenössischen Autoren gemeinsam haben, ist, dass sie »Weltzivilgesellschaft« und »globale Öffentlichkeit« entweder als eine existierende Realität verwenden oder zuletzt als ein erreichbares Ideal. Aber sind solche Voraussetzungen überhaupt gerechtfertigt? Kritiken an der Weltzivilgesellschaft sind in der Literatur schon gut repräsentiert (s. etwa Anderson/Rieff 2004; Brown 2000; Chandhoke 2002; Chandler 2004; Lipschutz 2004), aber Kritiken speziell an der *globalen* Öffentlichkeit sind erstaunlicherweise selten. Ich werde unterdessen an einige der prägnanten Kritiken am Begriff der Öffentlichkeit erinnern und sie auf die globale Ebene anwenden.

---

#### KRITIKEN

---

In Habermas idealer Öffentlichkeit ist »der Zugang allen Bürgern garantiert« (Habermas 1989: 136). Tatsächlich aber ist der Zugang auf vielfache Weise begrenzt. Da sind einmal diejenigen, die sich selbst explizit von den deliberativen Foren ausschließen, weil sie sie für illegitim halten. In den Worten von

Iris Marion Young machen sie typischerweise »öffentlichen Lärm draußen, während die Deliberation angeblich drinnen stattfindet« (Young 2001: 673). Diese Störer, wohlbekannte Figuren in der Weltzivilgesellschaft, können noch als Teil der Öffentlichkeit betrachtet werden. Letzten Endes haben sie vor, »spezifische Ideen einer breiten Öffentlichkeit zu kommunizieren« (Young 2001: 76). Jedoch stellen sie die Grenzen des öffentlichkeitsbezogenen Konzepts der Zivilgesellschaft auf die Probe, vor allem wenn die Störmethoden gewalttätig sind (s. Albrow/Anheier 2006). Allerdings sind jene größer an der Zahl, die nicht partizipieren können. Zunächst also ist der Zugang zur Öffentlichkeit noch von den Regierungen eingeschränkt.

Aber jenseits der deliberativen Blockade der Staaten gibt es ein größeres Problem mit Partizipation. Blaug nimmt es ironisch: »Egal ob schlicht aufgrund unserer großen Anzahl, aufgrund der exzessiven Komplexität und der Interdependenz der uns begegnenden Probleme, aufgrund einer wahrgenommenen Ineffizienz der Deliberation oder wegen einer erkannten Absenz von Fähigkeit und Motivation auf Seiten des *demos*: Demokratietheoretiker seit Platon haben uns gelehrt, dass das Volk, obwohl es der Souverän geworden ist, Strukturen benötigt, die seine Partizipation beschränken« (Blaug 1999: 132). Von Kofi Annan gebeten, über die Beziehungen der Vereinten Nationen zur Zivilgesellschaft zu beraten, folgte das sogenannte Cardoso-Panel dieser Tradition. Es beschreibt in seinem Report partizipative Demokratie als einen Prozess, in dem »jeder an

Die neuen Enthusiasten neigen dazu, die Tatsache zu übersehen, dass für Habermas – und sogar für Cohen und Arato – der einzig vorstellbare relevante Kontext der *Staat* war.

den ihn am meisten interessierenden Debatten teilnehmen kann, durch Fürsprache, Protest oder auf anderen Wegen« (*We the peoples* 2004: 25, Abs. 13). Aber ein paar Seiten später gesteht der Cardoso-Report ein, dass es Sachzwänge gibt: »Wenn die Vereinten Nationen jede relevante Person zu jeder Debatte brächten, würde es endlose Treffen ohne Ergebnis geben« (*We the peoples* 2004: 27, Abs. 23).

Die Partizipation ist nicht nur beschränkt, sie ist es auch auf Weisen, die existierende Machtungleichheiten bestätigen: »unter Bedingungen von struktureller Ungleichheit beschränken normale Deliberationsprozesse in der Praxis den Zugang zu Vertretern mit größeren Ressourcen und Wissen oder Verbindungen zu jenen mit größerer Kontrolle über das Forum« (Young 2001: 680). Young zählt sogar auf der ganz lokalen Ebene eine Reihe von Partizipationshindernissen für »jeden mit einem Interesse« auf: »Sogar wenn eine Reihe von öffentlichen Anhörungen zu einem Thema angekündigt ist, müssen Leute, die dort vielleicht sprechen wollen würden, davon wissen, sie müssen imstande sein, ihre Arbeit und Kinderaufsicht zu arrangieren, um daran teilnehmen zu können, um dorthin zu gelangen, und sie müssen genug Verständnis vom Anhörungsprocedere haben, um zu partizipieren. Jede dieser Fähigkeiten ist unter den Mitgliedern einer Gesellschaft ungleich verteilt« (Young 2001: 680). Auf globaler Ebene sind solche Einschränkungen natürlich vervielfacht. Diskussionen über die Ungleichheit des Zugangs zu öffentlichen Debatten fokussieren oft sehr grob auf geografische Repräsentation.

Der »Norden« ist überrepräsentiert, der »Süden« zurückgedrängt. Es wirken aber auch subtilere Ausschließungen. Die »Stimmen der Weltzivilgesellschaft« gehören fast ausnahmslos der englischsprachenden, universitätsgebildeten, computerversierten Mittelklasse an (Glasius 2005: 122).

Als ob universeller Zugang nicht ein bisschen viel verlangt wäre, erfordert eine funktionierende Öffentlichkeit, dass alle Stimmen gleichermaßen imstande sein sollten, sich Gehör zu verschaffen. Wie es Benhabib formuliert hat: »Jeder Teilnehmer muss eine gleiche Chance haben, Kommunikation zu beginnen und fortzusetzen; jeder muss eine gleiche Chance haben, Behauptungen aufzustellen, Empfehlungen und Erklärungen abzugeben; alle müssen gleiche Chancen haben, ihre Wünsche, Sehnsüchte und Gefühle auszudrücken; und schließlich müssen innerhalb des Dialogs die Sprecher frei sein, jene Machtverhältnisse zu thematisieren, die in gewöhnlichen Kontexten die vollständig freie Artikulation der Meinungen und Positionen einschränken« (Benhabib 1992: 89). Status-Ungleichheiten bezüglich Geschlecht, Rasse, Klasse, Bildung oder Einkommen sind »einzuklammern«, das heißt für die Zwecke des Dialogs sind sie so behandeln, als ob sie nicht existierten.

Schlussendlich verlangt die Öffentlichkeit von ihren Akteuren (mehr oder weniger, das hängt vom Theoretiker ab), die Bereitschaft zu den spezifischen Regeln des Procedere zu stehen und ein gewisses Maß an Respekt für einander zu zeigen. Mindestens das würde eine Zurückweisung von wechselweiser Gewaltaus-

Die »Stimmen der Weltzivilgesellschaft« gehören fast ausnahmslos der englischsprachenden, universitätsgebildeten, computerversierten Mittelklasse an.



übung bedeuten. Bis zu einem gewissen Ausmaß war der Nationalstaat imstande, solchem Respekt Geltung zu verschaffen und jene auszuschließen, die den Regeln nicht folgen würden. In der Weltzivilgesellschaft gibt es kein derartiges In-Geltung-Setzen.

Viel akademische Kritik ist an der Beseitigung der verbreiteten Vorstellung geübt worden, dass die idealen Bedingungen, die man für eine funktionierende Öffentlichkeit benötigt, bereits existierten oder heute in liberalen Demokratien existieren (s. etwa Fraser 1992; Benhabib 1992 und andere Beiträge zu Calhoun, hg. 1992; Young 2001). Die Idee, dass gleicher Zugang und die Gleichheit der Meinungsäußerung in den unebenen und zerbrechlichen Räumen der aktuellen Weltzivilgesellschaft existieren können – viel weniger reguliert als die westliche liberale Demokratie –, erscheint vergleichsweise grotesk. Die von der Fachliteratur geforderten Bedingungen kann es tatsächlich nur in einer »Götternation« geben (die einzige Nation, die Rousseau als zur Demokratie fähig erachtete, 1762/1895: 160). Man bekommt sie weder auf der Erde noch im Cyberspace.

Auch wenn eine idealtypische Öffentlichkeit in der Weltzivilgesellschaft Gestalt annehmen würde, würde man sich fragen, wozu sie dienen soll, gäbe es keine Verbindung zur Macht. Es genügt nicht, dass jeder herumgeht und seine Meinungen frei und gleich äußert. Eine Demokratietheorie muss also etwas mit Entscheidungsfindung zu tun haben. In Habermas' Konzeption informiert die Öffentlichkeit irgendwie die regierenden Entscheidungsträger.

Wie diese Verbindung sich auswirken würde, war immer ein problematischer Aspekt dieser Theorie, aber er wurde für die verworrene Machtlandschaft der politischen Globalisierung noch gar nicht theoretisiert

---

#### EINE WELTÖFFENTLICHKEIT ERRICHTEN

---

Diese Kritiken scheinen die Möglichkeiten neuer demokratischer Formen, die auf einer Bürgergesellschaft als Kommunikationsgesellschaft basieren, zu verheeren. Aber aus einer Gegend, die politische Theoretiker gerne vernachlässigen, scheint Rettung zu kommen: von seiten der aktuell existierenden Weltzivilgesellschaft, das ist das Amalgam aus nichtstaatlichen und nicht-marktorientierten Akteuren, die – gegenüber jedem normativen Ideal – grenzüberschreitend oder jenseits der Grenzen agieren. Das Ideal der Öffentlichkeit oder vielfältiger Sphären, des Entscheidung-Treffens auf der Grundlage von Kommunikation und Bedachtnahme, hat die Klauen der Theoretiker fluchtartig verlassen, in Richtung reale Welt. Die Weltzivilgesellschaft an sich kann nicht auf der Ideal einer Öffentlichkeit beziehen, wo freie und gleiche Abwägung zwischen allen Weltbürgern stattfindet. Aber was man in der Weltzivilgesellschaft findet, sind Anhänger dieses Ideals und zahlreiche wackelige Versuche, es zu praktizieren.

Schon die neuen Sozialbewegungen der 1970er Jahre zeigten einige Affinität zu diesem Ideal. Was Habermas dazu veranlasste, seine Ansicht der Öffentlichkeit zu revidieren,

Die Idee, dass gleicher Zugang und die Gleichheit der Meinungsäußerung in den unebenen und zerbrechlichen Räumen der aktuellen Weltzivilgesellschaft existieren können, erscheint vergleichsweise grotesk.

von der Öffentlichkeit als etwas, das einmal kurz Einblick gibt in die Aufklärung, die nie mehr wiederkehren kann, bis hin zu einer »weniger pessimistischen Einschätzung« eines Ideals, für das man praktisch kämpft (Habermas 1992: 457). Die neueren globalen Bewegungen, die seither aufgekommen sind, haben sogar noch expliziter ihr Heil in einer anderen Kommunikationspolitik gesucht. Das »Hacker-Ethos« der ersten Generation der Computerfreaks erschütterte die Grundfesten der Moderne: das Arbeitsethos, die Idee geistigen Eigentums, die Befehls- und Kontrollstrukturen des Regierens (Himanen 2001). Aber das dauerhafteste Charakteristikum dieser Ethik ist die Betonung des »open access« und der freien Informations- und Kommunikationsflüsse gewesen, deren Beginn mit der Internetarchitektur angegeben werden kann. Neben diesem Hauptziel hat die breite Bewegung zahlreiche andere zivilgesellschaftliche Initiativen hervorgebracht, die auf denselben Normen gründen, die frühen IGC-APC-E-Mail-Netzwerke eingeschlossen, die Gratis-Software und Open-Source-Bewegungen, die Indymedia-Zentren und Wikipedia. Sie alle sind Ausdruck von und Zugeständnis an »ein aufkommendes technopolitisches Ethos« (Juris 2005) in der Weltzivilgesellschaft.

Dieses Ideal hat aber nicht nur den Cyberspace inspiriert. Die Eröffnungsworte der Charta des Weltsozialforums, inzwischen von hunderten regionaler, nationaler und lokaler Sozialforen übernommen, könnten von Habermas oder Benhabib selbst geschrieben worden sein. Der Charta folgend ist ein Sozialforum

»ein offener Treffpunkt für reflektierendes Denken, demokratische Debatte von Ideen, Formulierung von Anträgen, freien Austausch von Erfahrungen« (*Charta des Weltsozialforums*, Artikel 1). Während das umfassende Ziel des Sozialforums – dem Neoliberalismus und der Firmendominanz gegenüberzutreten – eher neo-gramscianisch als habermasisch gesehen werden könnte, verdanken einige seiner markantesten Merkmale, nämlich das Verbot der Parteienvertretung, sowie das Abstimmen und Stellung beziehen als Organisation, vieles der deliberativen Tradition. In der Praxis »verursachen sie unsichere Versuche, politische Praxis auf horizontale, netzwerkartige Weise zu betreiben, die partizipatorischer und demokratischer sein sollen als konventionelle Strukturen« (Glasius/Timms 2005: 190). Während kleinere Sozialforen »Ausbrüche der Demokratie« erfahren könnten, wird die Entscheidungsfindung im Vergleich zur aktuellen Organisation der größeren Foren weiterhin von Konflikten gekennzeichnet sein, weil altmodische, formaldemokratische vertikale Strukturen zurückgewiesen sind, aber noch keine Rezepte für horizontales und konsensuelles Entscheiden entwickelt worden sind, das tausende Leute einbezieht (Glasius/Timms 2005: 223). Es geht nicht darum, ob sie immer erfolgreich sind beim Verwirklichen dieser hohen Ideale, sondern um die andauernde Bessenseheit, es zu versuchen. Die deliberative Demokratie verließ die Seiten der Theoretiker und wurde ein realistisches echtes Ziel der Aktivisten der Zivilgesellschaft.

Die Eröffnungsworte der Charta des Weltsozialforums, könnten von Habermas oder Benhabib selbst geschrieben worden sein.

Der nächste Abschnitt möchte überprüfen, ob ihre Bemühungen bereits Bedingungen für eine globale Öffentlichkeit schaffen, indem sie eines der aktuell wichtigsten Themen unter globaler Deliberation bedenken: den Klimawandel. Er untersucht, in welchem Ausmaß diese Debatte überall an die Erfüllung der idealen Bedingungen für universellen Zugang, Respekt, Stimmengleichheit und einer Wirkung auf die Machthaber herankommt.

#### **DIE KLIMAWANDEL-DEBATTE: BEWEIS FÜR EINE GLOBALE ÖFFENTLICHKEIT?**

Die Klimawandel-Debatte ist ein interessanter Fall für die Hypothese einer globalen Öffentlichkeit, in der gegenseitige Beschuldigungen, die Debatte zu beenden, integraler Bestandteil der Debatte selbst sind. Es gibt keinen Zweifel, dass der Umwelt-Mainstream tatsächlich einen Teil der Debatte lieber beenden würde, nämlich jenen Teil, der sich noch damit beschäftigt, ob es überhaupt einen Klimawandel gibt und ob er von menschlichem Verhalten verursacht wurde, um dann Politik und Verhaltensänderung zu diskutieren. Wenn man den Klimawandel-Skeptikern dauernd nachgibt, verstecken sich die Politiker irgendwo und der Fortschritt der letzteren Hälfte der Tagesordnung wird zerstört. Vom Standpunkt der Öffentlichkeit als einer Form der demokratischen Praxis aus gesehen, ist jeder Versuch, andere Stimmen zu unterdrücken, problematisch. Die vom Ideal der Öffentlichkeit angezogenen Feministinnen sind genau mit dessen Eigenschaft, die Debatte im Namen

der Rationalität zu umschreiben, beschäftigt gewesen (Fraser 1992, Dean 2001).

Was, wenn überhaupt, sollten die Grenzen sein für das, was in globaler Öffentlichkeit debattiert werden kann, und wer zieht sie? Das Leugnen des Holocaust ist in vielen Ländern ein Verbrechen, im Iran jedoch ist es Regierungspolitik. Aber kann das Leugnen des Klimawandels wirklich mit dem Leugnen des Holocaust verglichen werden? Klimaskeptiker sehen eine derartige Äquivalenz als bloß den ersten Schritt zu einer Einschränkung der Freiheit, warnen düster vor Ökofaschismus und gründen das auf die Aussage, dass die Menschen nicht willentlich ihr Konsumverhalten anpassen werden.

In einer idealtypischen Öffentlichkeit würde der Versuch, die »Wetter«-Debatte zu beenden, nicht nur gegen die Regeln verstoßen, sondern auch unnötig sein. Wenn man sich alle verfügbaren Beweise beider Seiten vor Augen führt, dann würde die frei beratende Öffentlichkeit natürlich die »richtige« Wahl treffen und die öffentliche Meinung würde dazu übergehen, Maßnahmen zu diskutieren. In Europa geht die Debatte tatsächlich in diese Richtung. Natürlich erfüllt die Klimawandel-Debatte nicht überall die idealen Voraussetzungen für allgemeinen Zugang und Stimmengleichheit. Aber es ist wichtig festzuhalten, dass sie woanders noch ungleichförmiger ist. Zwischen 1998 und 2005 schleuste ExxonMobil in den USA beinahe 16 Millionen Dollar in ein Netzwerk von 43 »klimaskeptischen« Vertretungsorganisationen, um die Debatte zu beeinflussen (Union of Concerned

Das »Hacker-Ethos« der ersten Generation der Computerfreaks erschütterte die Grundfesten der Moderne: das Arbeitsethos, die Idee geistigen Eigentums, die Befehls- und Kontrollstrukturen des Regierens.

Erstens ist es zweifelhaft, ob es möglich sein würde, die für einen modernen Staat typischen Befehls- und Kontrollstrukturen zu reformieren und in eine dynamischere, horizontale, netzwerkgesteuerte politische Struktur überzuführen.

Scientists 2007). Zusätzlich überprüfte eine Mehrheit von Klimawissenschaftlern, die in Bundesbehörden arbeiten, Berichte über Einschränkungen in klimabezogener Arbeit, dokumentierte 435 Fälle von politischer Einflussnahme über die letzten 5 Jahre (Monbiot 2007). Unter solchen Umständen braucht man das Brecheisen eines Dokumentarfilms eines früheren Vizepräsidenten, um die Debatte überhaupt zu eröffnen.

Wie oder ob die Klimawandeldebatte sich in anderen Teilen der Welt entwickeln wird, ist schwieriger zu überprüfen. Eine andere Umfrage von worldpublicopinion.com zeigt einige überraschende Ergebnisse, die jede Verbindung zwischen allgemeiner Offenheit des politischen Klimas und der Neigung, gegen den Klimawandel etwas zu tun, zu verneinen scheinen. Dieser Umfrage zufolge fühlen sich die Inder am wenigsten betroffen, gefolgt von den Russen. Unter den befragten Chinesen andererseits billigen 42 Prozent sogar teure Sofortmaßnahmen, und andere 41 Prozent glauben, dass das Problem schrittweise mit einer Billigstrategie angegangen werden soll (worldpublicopinion.com 2007a). Jedoch warten derartige weltweite Umfragen mit ernsthaften methodologischen Gesundheitswarnungen auf – die üblichen Probleme von Umfragen mit verschiedenen Befragungsmethoden, Leitfragen und unrepräsentativen Samples, die von kulturell bedingten Verständnisunterschieden verschlimmert werden. Und Afrikaner, die die ärgsten Konsequenzen des Klimawandels zu spüren bekommen werden, sind in der Umfrage nicht vertreten.

Wenn es zum Klimawandel kommt, scheint es wahrscheinlich, dass es vielfältige globale Öffentlichkeiten gibt, teilweise von politischen Grenzen, teilweise von politischen Vorlieben bestimmt, aber sie sind miteinander verbunden. Die Berichte des »Weltklimarates« etwa könnten in unterschiedliche Sphären vordringen. Das Thema hat allem Anschein nach die Ebene der interessierten Öffentlichkeit überstiegen und begonnen, die Aufmerksamkeit des Massenpublikums zu beeinflussen. Während die Debatte über das »Ob« in zwei Lager gespalten ist, ist die Debatte über Gegenmaßnahmen weitaus vielfältiger, lebendiger und tatsächlich abwägend. Die Teilnahme jedoch ist sehr ungleichmäßig, was viele Weltzivilgesellschafts-Akteure dazu veranlasst, viele Wortmeldungen »im Namen von« potenziell bedrohten Bevölkerungen in Afrika oder auf den pazifischen Inseln abzugeben. Es ist klar, dass die Klimawandeldebatte eine plötzliche Erhebung in die wichtigeren Bereiche der politischen Tagesordnungen erfahren hat, möglicherweise wegen des Gleichschritts von einflussreichen Berichten und unüblichem Wetter. In welchem Ausmaß sich das auf Politik und Bürgerverhalten auswirken wird, bleibt offen.

---

#### SCHLUSSFOLGERUNG

---

In seinem Streben, die Demokratie in Lateinamerika mit dem Begriff der Öffentlichkeit zu retten, verlangte Darcy d'Oliveira (2007) eindringlich von nationalen Politikern ein Umdenken und eine differenzierte Auseinander-

setzung mit emanzipierten Bürgern und ihren neuen Medien und Technologien. Aber die Krise der Demokratie reicht tiefer. Es ist nicht nur eine Sache von Persönlichkeit und Regierungsstil: Bis zu einem gewissen Grad bewohnen die nationalen Politiker die falschen Paradigmen. Erstens ist es zweifelhaft, ob es unter allen Umständen möglich sein würde, die für einen modernen Staat typischen Befehls- und Kontrollstrukturen zu reformieren und in eine dynamischere, horizontale, netzwerkgesteuerte politische Struktur überzuführen. Zweitens kann man die Krise der repräsentativen Demokratie nicht von der Globalisierung trennen. Zeitgenössische nationale Regierungen haben weder die Fähigkeit, mit grenzüberschreitenden Phänomenen, die heute beinahe jeden Politikbereich betreffen,

umzugehen, noch hat die Politik Handlungsspielraum, um den neoliberalen Vorgaben auszuweichen. Es ist daher inadäquat, weiterhin über Öffentlichkeiten und öffentlichen Debatten in nationalen Begriffen zu denken.

Stattdessen können sie damit beginnen, eine Antwort von Seiten der Weltzivilgesellschaft an das Problem der »überlappenden Schicksalsgemeinschaften« für die gegenwärtige Politik. –Die Weltzivilgesellschaft macht richtigerweise das liberale Repräsentationssystem verantwortlich für weltweite Armut, Sicherheit, Gesundheit, Umwelt und Klimawandel. Aber es kann die Demokratie nicht aufgeben, und die Idee einer deliberativen Öffentlichkeit – utopisch, wie sie ist – ist das am meisten versprechende Modell für die theoretische Ausarbeitung und das praktische Experiment.

Es ist inadäquat, weiterhin über Öffentlichkeiten und öffentlichen Debatten in nationalen Begriffen zu denken.

#### LITERATUR

Martin ALBROW, Helmut ANHEIER (2006). »Violence and the Possibility of Global Civility«. In: Mary KALDOR, Martin ALBROW, Helmut ANHEIER, Marlies GLASIUS (Hg.): *Global Civil Society 2006/7*. London: Sage.

Kenneth ANDERSON, David RIEFF (2004). »Global Civil Society: A Sceptical View«. In: Helmut ANHEIER, Marlies GLASIUS, Mary KALDOR (Hg.): *Global Civil Society 2004/5*. London: Sage.

Benjamin BARBER: *Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age*. Berkeley: University of California Press (1984).

Seyla BENHABIB: »Models of Public Space: Hannah Arendt, the Liberal Tradition, and Jürgen Habermas«. In: Craig CALHOUN (Hg.): *Habermas and the Public Sphere*. Cambridge, Mass: MIT Press (1992).

Joseph BESSETTE: »Deliberative Democracy: the Majority Principle in Republican Government«. In: Robert A. GOLDWIN and William A. SCHAMBRA (Hg.): *How Democratic is the Constitution?* Washington: American Enterprise Institute for Public Policy Research (1980).

- Ricardo BLAUG: *Democracy, Real and Ideal: Discourse Ethics and Radical Politics*. Albany: State University of New York Press (1999).
- Chris BROWN: »Cosmopolitanism, World Citizenship and Global Civil Society«. *Critical Review of International Social and Political Philosophy*, Vol 3, No 1. Summer (2000) S. 7–27.
- Craig CALHOUN (Hg.): *Habermas and the Public Sphere*. Cambridge, Mass: MIT Press (1992).
- Thomas CAROTHERS: »Democracy Promotion: A Key Focus in a New World Order« in: *Issues of Democracy* Vol. 5, No. 1, (2000) May.
- Thomas CAROTHERS, Marina OTTAWAY (Hg.): *Funding Virtue: Civil Society Aid and Democracy Promotion*. Washington DC: Carnegie Endowment for International Peace (2000).
- Neera CHANDHOKE: »The Limits of Global Civil Society«. *Global Civil Society 2002*. In: GLASIUS, Marlies, Mary KALDOR and Helmut ANHEIER (Hg.), Oxford: Oxford University Press.
- David CHANDLER: *Constructing Global Civil Society: Morality and Power in International Relations*. Basingstoke: Palgrave Macmillan (2004).
- Jean COHEN, Andrew ARATO: *Civil Society and Political Theory*. Cambridge, Mass: MIT Press (1994).
- Joshua COHEN and Joel ROGERS: *On Democracy: Toward a Transformation of American Society*. Harmondsworth: Penguin (1983).
- Miguel DARCY D'OLIVEIRA (2007): »Deepening Democracy in Latin America«. In: Martin ALBROW u. a. (Hg.): *Global Civil Society 2007/8*. London: Sage.
- Jodi DEAN, (2001): »Cybersalons and Civil Society: Rethinking the Public Sphere in Transnational Technoculture«. *Public Culture* Vol. 13, No.2, 243–265.
- Larry DIAMOND: *Developing Democracy: Toward Consolidation*. Baltimore: Johns Hopkins University Press (1999).
- Nancy FRASER: »Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy«. In: Craig CALHOUN (Hg.): *Habermas and the Public Sphere*. Cambridge, Mass: MIT Press (1992).
- Francis FUKUYAMA: *State-building: governance and world order in the 21st century*. Ithaca, NY: Cornell University Press (2004).
- Marlies GLASIUS: »Global Civil Society: Theories and Practices«. In: Paul VAN SETERS, Bas DE GAAY FORTMAN, Arie DE RUIJTER (Hg.): *Globalization and Its New Divides*. Alblasterdam: Dutch University Press (2003).
- Marlies GLASIUS: *The International Criminal Court: A Global Civil Society Achievement*. London: Routledge (2005).
- Marlies GLASIUS and Jill TIMMS (2005): »Social Forums: Radical Beacon or Strategic Infrastructure?« in: Marlies GLASIUS, Mary KALDOR, Helmut ANHEIER (Hg.): *Global Civil Society 2005/6*. London: Sage.
- Laura GRAHAM: »How Should an Indian Speak? Amazonian Indians and the Symbolic Politics of Language in the Global Public Sphere.« In: Kay WARREN and Jean JACKSON (Hg.): *Indigenous Movements, Self-representation and the State in Latin America*, eds. Austin: University of Texas Press (2002).
- Amy GUTMANN, Dennis THOMPSON: *Democracy and Disagreement*. Cambridge, Mass: Belknap Press (1996).

Es genügt jedoch nicht, einfach die Begriffe »Zivilgesellschaft« und »Öffentlichkeit« als in der staatsfundierte Tradition gefunden herzuzunehmen und das Wort »global« voranzustellen.



- Jürgen HABERMAS: »The Public Sphere: An Encyclopedia Article«. In: Stephen Eric BRONNER, Douglas MacKay KELLNER (Hg.): *Critical Theory and Society: A Reader*. London: Routledge (1989).
- Jürgen HABERMAS: »Further Reflections on the Public Sphere«. In: Craig CALHOUN (Hg.): *Habermas and the Public Sphere*. Cambridge, Mass: MIT Press (1992).
- Jürgen HABERMAS: *Between Facts and Norms: Contributions to a Discourse Theory of Law and Democracy*. Cambridge: Polity Press (1996).
- David HELD: *Democracy and the Global Order: From the Modern State to Cosmopolitan Governance*. Cambridge: Polity Press (1995).
- Pekka HIMANEN: *Hacker Ethic*. Random House (2001).
- Armine ISHKANIAN: »Democracy Promotion and Civil Society«. In: Martin ALBROW u. a. (Hg.): *Global Civil Society 2007/8*. London: Sage (2007).
- Jeffrey S. JURIS: »The New Digital Media and Activist Networking within Anti-Corporate Globalization Movements«. *Annals of the American Academy for Political and Social Science*, No. 597, January (2005), S. 189–208.
- Mary KALDOR: *Global Civil Society: An Answer to War*. Cambridge: Polity Press (2003).
- John KEANE: *Global Civil Society?* Cambridge: Cambridge University Press (2003).
- Margaret KECK, Kathryn SIKKINK: *Activists Beyond Borders; Advocacy Networks in International Politics*. Ithaca: Cornell University Press (1998).
- Maria Pia LARA: »Globalizing Women's Rights: Building a Global Public Sphere«. In: Robin FIORE, Hilde Lindemann NELSON (Hg.): *Recognition, Responsibility and Rights: Feminist Ethics and Social Theory*. Lanham: Rowman and Littlefield (2003).
- Ronnie LIPSCHUTZ: »Global Civil Society and Global Governmentality«. In: Marlies GLAS-  
US, David LEWIS, Hakan SECKINELGIN (Hg.): *Exploring Civil Society: Political and Cultural Contexts*. London: Routledge (2004).
- Marie MATER: »A Structural Transformation for a Global Public Sphere? The Use of New Communication Technologies by Nongovernmental Organizations and the United Nations«. In: Robert ASEN, Daniel BROUWER, (Hg.): *Counterpublics and the State*. Albany: SUNY Press (2001).
- Ian MAYES: »Open Door: the Readers' Editor on Coverage of the Execution of Saddam Hussein,« *The Guardian*, 8 January 2007
- Anthony MCGREW: *The Transformation of Democracy? Globalization and Territorial Democracy*. Cambridge: Polity Press (1997).
- Marshall McLUHAN: *The Gutenberg Galaxy*. Toronto: Toronto University Press (1962).
- George MONBIOT: »There is Climate Change Censorship – and it's the Deniers who Dish it out«. *The Guardian*, 10 April 2007.
- Patricia NANZ and Jens STEFFEK: »Global Governance, Participation and the Public Sphere«. *Government and Opposition* Vol. 39, No. 2, 314–335 (2004).
- Carole PATEMAN: *Participation and Democratic Theory*. London: Cambridge University Press (1970).

Bei John Keane sind globale öffentliche Sphären »erzählte, imaginierte nicht-gewaltsame Orte innerhalb der Weltzivilgesellschaft«.

Allgemein hat man den Eindruck, dass die meisten Autoren sich weniger mit dem exakten Verhältnis zwischen Weltzivilgesellschaft und globaler Öffentlichkeit beschäftigen als mit der Verwandtschaft zwischen diesen beiden Begriffen

- Sol PICIOTTO: »Democratizing Globalism«. In: Daniel DRACHE (Hg.): *The Market or the Public Domain: Global Governance and the Asymmetry of Power*. London: Routledge (2001).
- Robert PUTNAM, Robert LEONARDI, Raffaella NANETTI: *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton, N. J.: Princeton University Press (1993).
- Robert PUTNAM: *Bowling Alone: the Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster (2000).
- Jean-Jacques ROUSSEAU, [1895]: translated by H. TOZER: *The Social Contract or Principles of Political Right*. London: George Allen & Unwin (1762).
- Jan Aart SCHOLTE: *Globalization: a Critical Introduction*. Basingstoke: Macmillan, 2000.
- DON SEBASTIAN: »Saddam Hussein lives on in Kerala«. *Daily News and Analysis*, 31 December, <http://www.dnaindia.com/report.asp?NewsID=1072152>
- Colin SPARKS: »Is There a Global Public Sphere?«. In: Daya Kishan THUSSU, (Hg.): *Electronic Empires: Global Media and Local Resistance*. London: Arnold (1998).
- Colin SPARKS: »The Internet and the Global Public Sphere«. In: W. Lance BENNETT, Robert ENTMAN (Hg.): *Mediated Politics: Communication in the Future of Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press (2001).
- Rudolf STICHWEH: »The Genesis of a Global Public Sphere«. *Development* Vol. 46 No. 1; S. 26–29. (2003).
- Union of Concerned Scientists: *Smoke, Mirrors & Hot Air: How ExxonMobil Uses Big Tobacco's Tactics to Manufacture Uncertainty on Climate Science* (2007), [http://www.ucsusa.org/global\\_warming/science/exxonmobil-smoke-mirrors-hot.html](http://www.ucsusa.org/global_warming/science/exxonmobil-smoke-mirrors-hot.html).
- Ingrid VOLKMER: »The Global Network Society and the Global Public Sphere«. *Development* Vol. 46 (2003). No. 1; 9–16.
- Peter WAGNER (Hg.): *The Languages of Civil Society*. New York: Berghahn (2006).
- We the Peoples: Civil Society, the United Nations and Global Governance* (2004). Report of the Panel of Eminent Persons on United Nations-Civil Society Relations. UN Doc. A/58/817.
- Worldpublicopinion.org (2007a): »Poll Finds Worldwide Agreement That Climate Change is a Threat; Publics Divide Over Whether Costly Steps Are Needed«. 13 March. [http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/mar07/CCGA+\\_ClimateChange\\_article.pdf](http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/mar07/CCGA+_ClimateChange_article.pdf)
- World Social Forum Charter of Principles*, [http://www.forumsocialmundial.org.br/main.php?id\\_menu=4&cd\\_language=2](http://www.forumsocialmundial.org.br/main.php?id_menu=4&cd_language=2)
- Iris Marion YOUNG: »Activist Challenges to Democracy«. *Political Theory*, Vol. 29, No. 5, October 2001.